

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7631 –**

Fördermittel des Bundes für Bayern

1. Welche Entwicklung verzeichnete nach den Erkenntnissen der Bundesregierung seit 1988 die mittelständische Wirtschaft in Bayern im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet?

Wie partizipierte insbesondere die Wirtschaft Bayerns an der Existenzgründungsförderung des Bundes, und worauf sind evtl. Abweichungen im übrigen Bundesgebiet zurückzuführen?

Die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft in Bayern seit 1988 ist ausführlich dargestellt in den „Berichten der Bayerischen Staatsregierung über die Lage der mittelständischen Wirtschaft und der Freien Berufe in Bayern“ der Jahre 1992 und 1996. Auf diese Berichte wird insoweit verwiesen.

Im Eigenkapitalhilfe-Programm, dem zentralen Förderinstrument des Bundes zur Stärkung der Haftkapitalbasis neu gegründeter Unternehmen gab es seit 1988 folgende Entwicklung:

Bewilligungen im Eigenkapitalhilfe-Programm Land Bayern						
Jahr	alte Bundesländer			davon Bayern		
	Anzahl	Betrag TDM	Anzahl	%	Betrag TDM	%
1988	9 162	519 358,3	2 006	21,9	115 168,6	22,2
1989	8 714	496 649,0	2 099	24,1	118 761,6	23,9
1990	8 655	431 776,3	2 022	23,4	101 704,2	23,6
1991	9 919	507 359,0	2 409	24,3	126 560,4	24,9
1992	4 521	296 982,3	1 134	25,1	78 061,4	26,3
1993	–	–	–	–	–	–
1994	4 929	320 035,5	1 171	23,8	78 363,4	24,5
1995	9 679	664 775,6	1 915	19,8	131 760,3	19,8
1996	9 173	667 596,4	1 759	19,2	130 286,4	19,5
Insgesamt	64 752	3 904 532,4	14 515	22,4	880 666,3	22,6

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. Juni 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bezogen auf den Anteil Bayerns an der Bevölkerung der alten Bundesländer, der bei ca. 18,7 % liegt, war Bayern an der EKH-Förderung überproportional beteiligt.

Im ERP-Existenzgründungsprogramm, dem zentralen Förderprogramm des Bundes, mit dem Gründern Kredite zu günstigen Konditionen bereitgestellt werden, gab es seit 1988 folgendes Bild:

Bewilligungen im ERP-Existenzgründungsprogramm Land Bayern						
Jahr	alte Bundesländer			davon Bayern		
	Anzahl	Betrag TDM	Anzahl	%	Betrag TDM	%
1988	11 294	715 598,1	2 303	20,4	96 032,7	13,4
1989	13 157	906 128,0	3 032	23,0	136 700,9	15,1
1990	14 117	853 888,6	3 010	21,3	125 936,6	14,7
1991	14 238	929 085,2	3 123	21,9	134 027,8	14,4
1992	12 381	903 555,1	2 555	20,6	144 231,1	16,0
1993	8 957	768 450,9	1 646	18,4	102 902,7	13,4
1994	13 276	1 291 859,0	2 140	16,1	171 452,7	13,3
1995	12 994	1 303 139,3	1 571	12,1	130 737,0	10,0
1996	13 685	1 564 220,5	1 788	13,1	176 194,7	11,3
Insgesamt	114 099	9 235 924,7	21 168	18,6	1 218 216,2	13,2

Bezogen auf den Anteil Bayerns an der Bevölkerung der alten Bundesländer, der bei ca. 18 % liegt, war Bayern am ERP-Existenzgründungsprogramm bezüglich des Kreditvolumens unterproportional beteiligt.

Ein Grund für diese unterproportionale Beteiligung und den Rückgang vor allem bei der Anzahl der Förderfälle besteht darin, daß die Regierung des Freistaates Bayern eine Reihe eigener Kreditförderprogramme hat, die auch von Gründern besonders bei kleinen Vorhaben genutzt werden. Beim EKH-Programm gibt es dagegen kein vergleichbares Landesprogramm.

2. Mit welchen Hilfen und welchem finanziellen Umfang hat der Bund seit 1988 Bayern insgesamt unterstützt?

Wie verteilen sich die Fördermittel pro Kopf der Bevölkerung in einzelnen Bezirken, Kreisen und kreisfreien Städten?

Der Haushalt des Bundes wird grundsätzlich nicht nach regionalen Gesichtspunkten aufgestellt und ausgeführt. Der Bundesregierung liegen daher keine Übersichten vor, die die vollständige regionale Verteilung des Abflusses der Bundesmittel darstellen. Lediglich die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, für die Finanzhilfen an die Länder, für die Geldleistungsgesetze und für einige wesentliche Bundeszuständigkeiten werden in der jährlich erstellten Liste „Wesentliche Leistungen aus dem Bundeshaushalt an die Länder“, der sog. Länderliste, aufgeführt. Die aus den Länderlisten für Bayern zusammengestellte Übersicht (Anlage 1) zeigt die Ist-Ergebnisse von 1988 bis 1996 und das Soll für 1997. Die Bundesregierung verfügt nicht über Daten, die eine Untergliederung dieser Länderliste nach Regierungsbezirken, Kreisen oder kreisfreien Städten ermöglichen würde.

3. Wie entwickelten sich die Bundeshilfen an Bayern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ seit 1988?

Welche regional- und strukturpolitischen Effekte konnten damit erzielt werden?

Bayern erhielt von 1988 bis 1996 Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) in Höhe von insgesamt rd. 535 Mio. DM (davon 32 Mio. DM aus GA-Sonderprogramm). Diese Bundesmittel entwickelten sich seit 1988 wie folgt (in Mio. DM):

1988: 73,2	1993: 46,1
1989: 75,3	1994: 39,8
1990: 75,3	1995: 40,4
1991: 72,2	1996: 40,5
1992: 72,2	

Die Ergebnisse der GA-Förderung in Bayern von 1988 bis 1996 (hinsichtlich der Ergebnisse auf Kreisebene seit 1989) sind aus den nachstehenden Tabellen (siehe Anlage 2) ersichtlich.

4. Wie entwickelten sich die Bundeshilfen an Bayern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ seit 1988?

Welche regional- und strukturpolitischen Effekte konnten damit erzielt werden?

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) entwickelten sich die Ausgaben des Bundes für den Freistaat Bayern wie folgt:

1998: 409,918 Mio. DM,	1993: 488,520 Mio. DM,
1989: 446,047 Mio. DM,	1994: 434,529 Mio. DM,
1990: 464,305 Mio. DM,	1995: 425,972 Mio. DM,
1991: 488,327 Mio. DM,	1996: 383,705 Mio. DM.
1992: 495,069 Mio. DM,	

1997 stehen 306,646 Mio. DM im Ansatz zur Verfügung.

Die Förderschwerpunkte des Freistaates Bayern im Rahmen der GAK liegen bei der Gewährung der Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Gebieten, den einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen und der Flurbereinigung. Auf diese Maßnahmen entfielen im Durchschnitt der Jahre rd. 76 % der eingesetzten Mittel.

Mit den Bundes- und Landesmitteln für einzel- und überbetriebliche Maßnahmen konnte ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und zur Entwicklung der ländlichen Räume in Bayern geleistet werden.

Insbesondere die einzelbetriebliche Investitionsförderung hat durch ihre Anreizwirkungen für Wirtschaftswachstum im länd-

lichen Raum dazu beigetragen, Beschäftigung zu sichern, Einkommenskombinationen zu fördern sowie Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Nach dem Einzelbetrieblichen Investitionsförderungsprogramm (EFP) bzw. dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) wurden jährlich in Bayern zwischen 330 und 955 Betriebe gefördert. Im Zeitraum 1988 bis 1995 wurden dadurch Bruttoinlandsinvestitionen von insgesamt rd. 2,2 Mrd. DM angestoßen.

Die Gewährung der Ausgleichszulage dient dem Ausgleich naturbedingter Bewirtschaftungsnachteile und hat wesentlich zur Erhaltung der Landbewirtschaftung in benachteiligten Gebieten beigetragen. Jährlich wurden in Bayern zwischen 96 000 und 110 000 Betriebe mit durchschnittlich 2 600 bis 3 000 DM gefördert.

5. Wie entwickelten sich die investiven und konsumtiven Finanzströme von Einrichtungen des Bundes, insbesondere von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Zivil- und Katastrophenschutz bzw. privatisierten ehemaligen Bundeseinrichtungen (z. B. Post, Bahn) in Bayern seit 1988?

Wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundenen struktur- und arbeitsmarktpolitischen Effekte?

Bundeswehr:

Die Entwicklung der Ausgaben der Bundeswehr (Streitkräfte und Wehrverwaltung) in Bayern in den Jahren 1990 bis 1997 ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	auf der Basis der Ist-Ergebnisse in Mio. DM							Soll
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
FEE	1 384,9	1 326,3	1 313,7	1 308,1	569,8	632,7	545,6	549,5
mil. Besch.	3 109,0	2 735,7	2 175,7	1 610,0	1 460,9	1 069,0	1 116,2	1 100,2
mil. Anl.	539,3	317,8	285,8	246,5	237,5	288,5	311,3	277,0

FEE = Forschung, Entwicklung und Erprobung

mil. Besch. = militärische Beschaffungen

mil. Anl. = militärische Anlagen/Infrastruktur

Die Daten wurden erstmals 1990 nach regionalen Gesichtspunkten erfaßt, so daß für davor liegende Zeiträume keine Angaben gemacht werden können. Die Datenerfassung deckt die für die Bundesländer besonders wichtigen verteidigungsinvestiven Ausgabenbereiche ab. Zu den Personal- und Betriebsausgaben gibt es kein länderbezogenes Erfassungssystem. Angesichts des länderüberschreitenden Personaleinsatzes sowie der ebenso strukturierten Betriebskosten würden solche Daten auch kein aussagefähiges Bild ergeben.

Bundesgrenzschutz:

Statistische Auswertungen, die Aussagen zur Wirkung von Einrichtungen des Bundes auf die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung in einzelnen Bundesländern erlauben, sind nicht verfügbar. Es können lediglich die im Rahmen der Aufgabenstellung der in Bayern gelegenen Einrichtungen des Bundes-

grenzschutzes sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes geleisteten Ausgaben angegeben werden, unabhängig davon, ob damit verbundene Aufträge der bayerischen Wirtschaft zufließen und somit Einkommen und Beschäftigung in Bayern beeinflussen.

Die konsumtiven Ausgaben umfassen auch die Personalausgaben. Bei zentralen Beschaffungen (z. B. Fahrzeuge) wurde der Wert der für Einrichtungen in Bayern beschafften Güter zugrunde gelegt.

Für den Bereich des Bundesgrenzschutzes konnten die Angaben für die Jahre 1988 bis 1995 nur näherungsweise unter Zuhilfenahme eines Personalschlüssels ermittelt werden. Danach haben sich die Ausgaben für den Bundesgrenzschutz in Bayern wie folgt entwickelt:

Jahr	konsumtive Ausgaben einschließlich Personal	investive Ausgaben
1988	215 436 TDM	12 160 TDM
1989	223 306 TDM	10 435 TDM
1990	233 630 TDM	9 148 TDM
1991	271 084 TDM	12 526 TDM
1992	341 123 TDM	8 051 TDM
1993	333 675 TDM	5 839 TDM
1994	377 426 TDM	8 010 TDM
1995	398 254 TDM	4 839 TDM
1996	481 411 TDM	9 263 TDM

Durch

- die Übernahme von Luftsicherheitsaufgaben,
- die Übernahme der Bahnpolizei,
- die Einrichtung neuer Grenzschutzämter und Grenzschutzstellen
- sind die Ausgaben in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Zivil- und Katastrophenschutz:

Die Ausgaben des Bundes für die in Bayern gelegenen Einrichtungen des Zivil- und Katastrophenschutzes beruhen zu einem Teil auf Schätzungen. Sie umfassen auch die Ausgaben für das Technische Hilfswerk sowie den bisherigen Bundesverband für den Selbstschutz.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

Jahr	konsumtive Ausgaben einschließlich Personal	investive Ausgaben
1988	44 912 TDM	56 411 TDM
1992	53 796 TDM	58 765 TDM
1996	27 348 TDM	20 126 TDM

Durch Schließung von Dienststellen und Einrichtungen im Zuge der Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes (Katastrophenschutzschule, Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten und BVS-Dienststellen) sind zwar bis Ende 1996 213 Arbeitsplätze in Bayern entfallen. Dem Abbau des Personals der Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten steht jedoch eine Vergabe der War-

tungs- und Instandsetzungsarbeiten an gewerbliche Betriebe und damit die Sicherung entsprechender Arbeitsplätze gegenüber. Das betroffene Personal ist bei Bundes-, Landes- und Kommunaldienststellen sozialverträglich weiterbeschäftigt worden; ein Teil ist in den Vorruhestand eingetreten.

Post:

Den drei Postaktiengesellschaften ist eine regionalisierte Darstellung der investiven und konsumtiven Finanzströme seit 1988 in der vorgegebenen Frist nicht möglich. Auch bei erheblich verlängerter Frist wäre eine Zusammenstellung der erbetenen Daten durch die drei Unternehmen, die ihr Rechnungswesen nicht auf eine Differenzierung nach Bundesländern ausgerichtet haben, nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand durchführbar.

Bahn:

Der Bundesregierung stehen Angaben zu den investiven Finanzströmen der ehemaligen Deutschen Bundesbahn sowie der Deutschen Bahn AG in Bayern seit 1988 hinsichtlich der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung (vgl. Antwort zu Frage 7). Weitergehende Angaben stehen der Bundesregierung nicht zur Verfügung; schon vor der Bahnreform hatten die ehemaligen Sondervermögen des Bundes, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn, konsumtive Aufträge in eigener unternehmerischer Verantwortung und ohne eine regionale Zuordnung der dabei verausgabten Mittel vergeben.

6. Welche Einrichtungen des Bundes im weitesten Sinne sind seit 1988 aus Bayern in andere Bundesländer verlagert worden?
Wie viele Arbeitsplätze des Bundes gingen dabei in Bayern verloren?

Einrichtungen des Bundes sind seit 1988 aus Bayern nicht in andere Bundesländer verlagert worden.

7. Wie entwickelten sich die Investitionen und Investitionshilfen des Bundes im Bereich des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in Bayern seit 1988, insbesondere im Bereich des Fernstraßenbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs und des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GVFG)?
Welchen Anteil hat Bayern am Gesamtvolumen?
Wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundenen regionalen und strukturpolitischen Impulse?

Das Land Bayern erhielt für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Zeitraum 1988 bis 1996 folgende Bundesmittel:

(Angaben in Mio. DM sowie gerundeter Anteil in % Deutschland):

	Schiene		Straße		Wasserstraße		GVFG		gesamt	
1988	540	14 %	694	19 %	180	26 %	536	19 %	2 220	17 %
1989	718	18 %	1 019	20 %	182	26 %	519	19 %	2 438	19 %
1990	890	18 %	1 137	20 %	187	23 %	40	14 %	2 754	17 %
1991	685	9 %	1 150	16 %	184	20 %	532	12 %	2 551	12 %
1992	695	7 %	1 357	14 %	183	23 %	725	11 %	2 960	11 %
1993	320	4 %	1 291	15 %	203	20 %	854	14 %	2 670	11 %
1994	511	7 %	1 301	15 %	157	16 %	839	14 %	2 810	12 %
1995	597	7 %	1 280	15 %	97	9 %	908	15 %	2 884	12 %
1996	476	5 %	1 285	16 %	112	9 %	959	16 %	2 832	12 %

Mit diesen Investitionen trägt der Bund wesentlich dazu bei, den Standort Bayern zu stärken und bestehende regionale Defizite abzubauen.

8. Wie entwickelten sich die Leistungen des Bundes zur Verbesserung der Umweltsituation in Bayern seit 1988?

Welche Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit flossen seit 1988 im Vergleich zu den anderen Bundesländern nach Bayern?

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fördert im Rahmen des Investitionsprogramms zur Verminderung von Umweltbelastungen Demonstrationsprojekte in großtechnischem Maßstab, die aufzeigen, in welcher Weise

- Anlagen einem fortschrittlichen Stand der Technik zur Verminderung von Umweltbelastungen angepaßt,
- fortschrittliche Verfahren und Verfahrenskombinationen zur Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen eingesetzt und
- umweltverträgliche Produkte und umweltschonende Substitutionsstoffe hergestellt und angewandt werden können.

In der Zeit vom 1. Januar 1988 bis 31. Mai 1997 wurden für insgesamt 301 Projekte 868,1 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Davon entfallen auf Bayern 40 Projekte mit einem Fördervolumen von 38,3 Mio. DM.

9. Wie entwickelten sich die Hilfen des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit für eine aktive Arbeitsmarktpolitik seit 1988 (u. a. für berufliche Fortbildung und Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, Rehabilitation, Vorruhestandsgeld)?

Welche beschäftigungspolitischen Wirkungen gingen von diesen Hilfen aus?

Die Antworten auf diese Fragen sind nachfolgenden Tabellen zu entnehmen. Berechnungen zu den beschäftigungspolitischen Wirkungen der durchgeführten Maßnahmen liegen nicht vor. Die vorliegenden Teilnehmerzahlen machen jedoch den Umfang der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Bayern deutlich.

Daten über die Zahl der Empfänger von Vorruhestandsgeld, für die Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz und zur Zahl der

Teilnehmer der aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung finanzierten „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ sowie der Empfänger der ebenfalls aus dem BMA-Haushalt finanzierten Leistungen zur Förderung der Eingliederung von schwervermittelbaren arbeitslosen Arbeitnehmern konnten in der Kürze der Zeit nicht ermittelt werden.

Ausgaben für und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung ¹⁾ in Bayern		
Jahr	Ausgaben in Tsd. DM	Teilnehmer im Jahresdurchschnitt
1988	819 546	56 145
1989	779 058	55 447
1990	866 377	58 957
1991	896 511	59 421
1992	966 880	59 813
1993	973 454	56 107
1994	946 232	48 976
1995	1 153 102	48 005
1996	1 348 762	49 004

1) einschließlich Einarbeitungszuschuß.

Ausgaben für und Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Bayern		
Jahr	Ausgaben in Tsd. DM	Teilnehmer im Jahresdurchschnitt
1988	387 941	14 211
1989	265 744	9 923
1990	191 167	8 482
1991	221 021	8 650
1992	198 840	7 748
1993	157 430	3 497
1994	191 082	5 486
1995	246 545	8 000
1996	250 452	8 504

Ausgaben für und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation in Bayern		
Jahr	Ausgaben in Tsd. DM	Teilnehmer am Jahresende
1988	523 567	18 521
1989	576 778	19 176
1990	648 336	19 337
1991	698 177	19 856
1992	790 936	21 449
1993	824 504	18 938
1994	762 007	18 089
1995	740 806	17 883
1996	712 970	17 979

Kurzarbeitergeld und Kurzarbeiter in Bayern		
Jahr	Ausgaben in Tsd. DM	Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt
1988	164 144	31 171
1989	63 154	14 591
1990	42 325	9 870
1991	103 507	32 604
1992	205 758	62 646
1993	604 646	140 776
1994	251 537	52 160
1995	101 327	26 546
1996	151 978	34 302

Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose und Förderung der Eingliederung von schwervermittelbaren arbeitslosen Arbeitnehmern in Tsd. DM	
1988	— ¹⁾
1989	5 539
1990	43 306
1991	38 443
1992	34 028
1993	29 932
1994	16 412
1995	37 786
1996	55 871

1) Die „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ der Bundesregierung startete erst 1989.

Ausgaben für Leistungen nach dem Vorruhestandsgesetz und dem Altersteilzeitgesetz in Tsd. DM	
1988	98 473
1989	115 112
1990	84 834
1991	58 227
1992	35 054
1993	15 388
1994	4 254
1995	1 486
1996	328 ¹⁾

1) ohne Ausgaben für Altersteilzeitgesetz in Südbayern.

10. Wie entwickelten sich die Bundeshilfen in den heutigen Zuständigkeitsbereichen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums für Gesundheit sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung seit 1988?

Welche Verbesserungen der sozialen Situation, insbesondere der Familien, konnten dadurch in Bayern erzielt werden?

Die Entwicklung der Bundeshilfen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle.

Entwicklung der Bundeshilfen in den (heutigen) Zuständigkeitsbereichen des BMFSFJ (in Mio. DM)					
Jahr	Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz		Kindergeld nach dem Bundeskinder- geldgesetz ²⁾	Erziehungsgeld
		Brutto- ausgaben	Netto- ausgaben ¹⁾		
1988	19,82	11,05	7,17	2 422	615,32
1989	23,29	12,57	8,36	2 400	740,44
1990	24,80	14,01	9,33	2 514	857,19
1991	24,80	14,93	9,90	2 823	1 047,62
1992	24,90	16,28	11,23	2 967	1 193,34
1993	25,74	42,03	35,48	2 939	1 127,27
1994	25,90	59,99	50,32	2 868	1 071,41
1995	28,48	71,76	59,24	2 892	1 160,76
1996	28,65	76,50	62,60	117	1 098,30

1) Nettoausgaben nach Abzug der Einnahmen.

2) Aufgrund fehlender statistischer Daten auf der Basis von Prozentangaben bezogen auf die Gesamtausgaben des Bundes ermittelt.

Ab 1996 wird das Kindergeld für rd. 99,7 % aller Berechtigten nach den Regelungen des Einkommensteuergesetzes gezahlt.

Bundesfinanzhilfen für das Land Bayern werden vom Bundesministerium für Gesundheit nicht gewährt. Bundesfinanzhilfen im Zuständigkeitsbereich dieses Bundesministeriums werden ausschließlich zur Durchführung des Krankenhausinvestitionsprogramms für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet nach Artikel 14 des Gesetzes zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (vom 21. Dezember 1992 [BGBl. I S. 2266]) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in den neuen Ländern (Investitionsförderungsgesetz Aufbau-Ost) vom 23. Juni 1993 (BGBl. S. 944, 982) in den Jahren 1995 bis 2004 jährlich in Höhe von 700 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung finanziert aus seinem Haushalt das Programm „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“. Außerdem stellt es Mittel zur Förderung der Eingliederung schwervermittelbarer arbeitsloser Arbeitnehmer bereit. Die hierfür aufgewendeten Finanzmittel sind der Antwort auf Frage 9 zu entnehmen. Durch diese Bundeshilfen verbessert sich die soziale Situation derjenigen schwervermittelbaren Arbeitslosen, die durch diese Finanzmittel wieder Arbeit erhalten.

11. Mit welchen Mitteln fördert der Bund den Konversionsprozeß in Bayern?

Welche Vergünstigungen gewährt der Bund den einzelnen bayerischen Kommunen zur zivilen Nutzung ehemaliger Bundeswehrgrundstücke?

Seit 1991 hilft der Bund durch ein umfangreiches Verbilligungsprogramm beim Erwerb bundeseigener Konversionsliegenschaften. Die Verbilligungen kommen Ländern und Kommunen, aber auch privaten Investoren zugute.

Das breitgefächerte, zeitlich befristete Verbilligungsprogramm umfaßt vor allem den Wohnungsbau, aber auch eine Vielzahl von

sozialen Zwecken wie Krankenhäuser, Altenheime, Behinderteneinrichtungen, Obdachlosenunterkünfte, Frauenhäuser und Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sowie den Hochschul- und Schulbereich, Sportstätten bis hin zu Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen. Der Preisnachlaß beträgt in der Regel 50 v. H. vom vollen Wert eines Grundstückes. Gebietskörperschaften und somit auch Kommunen erleichtert der Bund bei Verkäufen über 3 Mio. DM den Erwerb durch eine günstige Stundungsmöglichkeit.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1992 der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen ab 1993 um 2 % (von 35 % auf 37 %) erhöht. Im Vermittlungsausschuß einigte man sich damals auf eine Empfehlung, wonach die Senkung des Bundesanteils am Umsatzsteueraufkommen insbesondere zur finanziellen Flankierung der Folgen des Truppenabbaus dienen sollte. Daneben erfahren die Länder ab 1995 eine zusätzliche Entlastung durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 14 % auf 15 % im Jahr 1993.

Diese Mittel waren bis 1994 zur Finanzierung der Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ bestimmt und können seit 1995 auch zum Ausgleich der Konversionslasten der betroffenen Länder verwendet werden. Insgesamt erhielt das Land Bayern in diesem Zusammenhang Umsatzsteuerermittel in folgender Höhe (in Mio. DM):

1993	1994	1995
602	652	1 353

Außerdem beteiligt sich der Bund mit Finanzhilfen nach Artikel 104 a Abs. 4 GG an der Städtebauförderung der Länder. Allein für Bayern steht im Bundeshaushalt 1997 hierfür ein Verpflichtungsrahmen von rund 14 Mio. DM zur Verfügung.

Eine Reihe von Regionen in Bayern, die vom Truppenabbau betroffen sind, sind zugleich Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA). Dieses Finanzierungsinstrument ist zwar nicht unmittelbar für die Konversion vorgesehen, bietet aber gleichwohl die Möglichkeit, für Konversionszwecke genutzt zu werden. In den Fördergebieten können Mittel der GA zur Förderung von gewerblichen Investitionen und der wirtschaftsnahen Infrastruktur eingesetzt werden und damit die Standortqualität der Region erhöhen sowie Arbeitsplätze sichern oder neue Arbeitsplätze schaffen. Die GA trägt in diesen Regionen mit dazu bei, die strukturellen Anpassungsprobleme der Konversion zu bewältigen.

Schließlich fördert die Europäische Union im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative KONVER die wirtschaftliche Diversifizierung in Regionen, die von der rückläufigen Nachfrage in der Rüstungsindustrie sowie vom Truppenabbau besonders betroffen sind. Im Zeitraum 1994 bis 1999 sind für Fördergebiete in Bayern Mittel der EU in Höhe von rund 17 Mio. ECU (ca. 32,4 Mio. DM) vorgesehen. Förderprioritäten liegen in der Standortkonversion, Existenzgründung von KMU sowie Beschäftigungsprogrammen für ehemalige Zivilbedienstete der Streitkräfte.

Anlage 1

Wesentliche Leistungen aus dem Bundeshaushalt
Land: Bayern

Art der Leistung	Ist 1988	Ist 1989	Ist 1990	Ist 1991	Ist 1992
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG:					
– Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	409,9	446,1	464,3	491,8	495,1
– Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	84,6	74,6	76,4	71,7	72,4
– Ausbau und Neubau von Hochschulen einschl. der Hochschulkliniken	220,0	194,0	256,0	324,0	324,0
2. Zusammenwirken von Bund und Land aufgrund von Vereinbarungen nach Art. 91 b GG:					
– Bildungsplanung	4,1	3,6	3,0	4,1	4,0
– Wissenschaftliche Forschung	298,5	347,6	370,7	409,5	316,9
– Förderung der Großforschung	189,5	202,5	223,7	231,1	293,3
– Hochschulsonderprogramm/ Erneuerungsprogramm	–	–	–	34,7	40,2
3. Finanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 GG:					
– Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	–	–	–	426,9	725,5
• kommunaler Straßenbau	243,5	234,1	234,9	–	–
• Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs einschl. Busse (ohne DB)	224,2	223,9	204,4	–	–
– Stadtсанierung und -entwicklung	152,3	101,1	–	–	–
– Städtebau	–	–	83,6	87,6	87,0
– Sozialer Wohnungsbau	209,2	157,4	225,9	203,1	237,4
– Modernisierungs- und Energieeinsparungsmaßnahmen an Wohngebäuden	9,2	6,7	4,3	2,8	1,6
– Studentenwohnraumförderung	–	–	3,6	27,3	31,8
– Übergangwohnheime für Aussiedler	–	–	14,7	15,0	33,4
– Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbau	19,7	10,0	–	–	–
– Strukturhilfegesetz	–	157,6	158,0	158,0	96,7
4. Ausgaben aufgrund von Geldleistungsgetzen nach Art. 104 a Abs. 3 GG:					
– Kindergeld für Bedienstete des Landes, landesunmittelbarer Körperschaften, Anstalten sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts und Gemeinden (GV)	356,8	355,0	373,2	395,2	450,0
– Ausbildungsförderung (BAföG)	243,9	247,6	261,0	320,9	342,3
– Wohnungsbauprämien	206,7	215,2	134,7	109,3	103,3
– Wohngeld	218,1	215,9	212,4	216,7	218,6
– Erziehungsgeld	615,3	1 112,9	857,2	1 047,6	1 209,4
– Gasölverbilligung Landwirtschaft	194,9	196,0	193,0	190,1	184,7
– Ausgleichsmaßnahmen Landwirtschaft	–	–	–	–	–
– Sozialversicherung Behinderter	68,4	76,5	84,4	91,7	90,3
– Soziostruktureller Einkommensausgleich	–	–	195,0	40,3	510,8

Art der Leistung	Ist 1988	Ist 1989	Ist 1990	Ist 1991	Ist 1992
– Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	1,2	1,2	–	–	–
– Sicherung des Unterhalts von Kindern	11,1	12,6	14,0	15,0	16,3
– Unrechtsbereinigungsgesetze	–	–	–	–	–
– Bundesentschädigungsgesetz	–	–	–	–	129,7
5. Sonstige Bundeszuständigkeiten:					
– Bundesfernstraßen	964,0	1 018,6	1 136,9	1 149,8	1 357,2
– Bundeswasserstraßen	179,2	187,0	186,6	186,4	185,5
– Mittelstand	–	–	69,3	71,0	81,4
darunter:					
• Eigenkapitalhilfeprogramm	–	–	26,1	26,2	31,9
– Werfthilfen					
davon:					
• Zinszuschüsse	–	–	0,2	0,2	0,1
• Wettbewerbshilfen	–	–	0,6	1,5	1,4
– Seeschiffahrtshilfen	–	–	4,6	3,2	1,9
– Verteidigungsausgaben					
darunter:					
• Infrastrukturmaßnahmen (ohne NATO-Infrastruktur)	–	–	539,3	317,8	238,4
• Beschaffung	–	–	3 109,0	2 735,7	2 175,7
• Forschung und Entwicklung	–	–	1 384,9	1 326,3	1 313,7
– Wohnungsfürsorge	–	–	10,5	13,8	10,2
– Soziale und kulturelle Zonenrandförderung	–	–	34,4	39,9	38,0
– Regionalisierungsgesetz	–	–	–	–	–

Art der Leistung	Ist 1993	Ist 1994	Ist 1995	Ist 1996	Soll 1997
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG:					
– Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	488,5	434,5	426,0	383,7	299,8
– Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	46,5	39,8	34,8	42,1	40,0
– Ausbau und Neubau von Hochschulen einschl. der Hochschulkliniken	314,0	241,0	196,0	211,0	181,0
2. Zusammenwirken von Bund und Land aufgrund von Vereinbarungen nach Art. 91 b GG:					
– Bildungsplanung	3,9	3,2	2,1	2,3	1,7
– Wissenschaftliche Forschung	286,2	302,5	394,4	403,1	395,6
– Förderung der Großforschung	321,0	310,4	290,0	315,9	338,1
– Hochschulsonderprogramm/Erneuerungsprogramm	43,9	44,0	70,1	50,0	35,2
3. Finanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 GG:					
– Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	821,6	824,9	879,7	911,4	430,2
• kommunaler Straßenbau	–	–	–	–	–
• Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs einschl. Busse (ohne DB)	–	–	–	–	–
– Stadtсанierung und -entwicklung	–	–	–	–	–
– Städtebau	63,2	37,7	23,8	23,2	11,6
– Sozialer Wohnungsbau	272,5	341,1	366,3	385,7	386,1

Art der Leistung	Ist 1993	Ist 1994	Ist 1995	Ist 1996	Soll 1997
– Modernisierungs- und Energieeinsparungsmaßnahmen an Wohngebäuden	0,6	–	–	–	–
– Studentenwohnraumförderung	30,4	8,5	–	–	–
– Übergangswohnheime für Aussiedler	3,0	–	–	–	–
– Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeausbau	–	–	–	–	–
– Strukturhilfegesetz	–	–	–	–	–
4. Ausgaben aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Art. 104 a Abs. 3 GG:					
– Kindergeld für Bedienstete des Landes, landesunmittelbarer Körperschaften, Anstalten sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts und Gemeinden (GV)	449,3	432,3	414,3	8,4	0,2
– Ausbildungsförderung (BAföG)	261,6	262,3	240,3	230,9	201,6
– Wohnungsbauprämien	92,5	82,8	70,5	58,3	51,8
– Wohngeld	215,3	227,8	249,6	264,3	257,4
– Erziehungsgeld	1 127,3	1 071,4	1 160,8	1 098,3	1 106,2
– Gasölverbilligung Landwirtschaft	181,5	184,9	178,7	180,2	180,2
– Ausgleichsmaßnahmen Landwirtschaft	298,7	204,3	100,6	–	–
– Sozialversicherung Behinderter	117,0	136,8	169,1	169,0	169,0
– Soziostruktureller Einkommensausgleich	–	–	–	–	–
– Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	–	–	–	–	–
– Sicherung des Unterhalts von Kindern	42,0	60,0	71,8	76,5	81,6
– Unrechtsbereinigungsgesetze	3,7	4,1	1,8	0,8	2,6
– Bundesentschädigungsgesetz	131,4	131,5	133,4	133,1	136,0
5. Sonstige Bundeszuständigkeiten:					
– Bundesfernstraßen	1 290,7	1 301,1	1 280,4	1 285,0	1 085,5
– Bundeswasserstraßen	208,7	156,5	107,5	104,0	88,4
– Mittelstand	82,0	73,4	79,5	82,6	87,7
darunter:					
• Eigenkapitalhilfeprogramm	26,8	19,5	23,7	26,9	25,2
– Werfthilfen	1,0	0,6	0,6	0,2	0,2
davon:					
• Zinszuschüsse	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
• Wettbewerbshilfen	0,8	0,4	0,4	–	–
– Seeschiffahrtshilfen	–	–	8,4	11,8	5,0
– Verteidigungsausgaben					
darunter:					
• Infrastrukturmaßnahmen (ohne NATO-Infrastruktur)	246,5	237,5	288,5	311,3	277,0
• Beschaffung	1 804,9	1 460,9	1 069,0	1 116,2	1 100,2
• Forschung und Entwicklung	1 308,1	569,8	632,7	545,6	549,5
– Wohnungsfürsorge	14,6	6,3	16,0	8,6	5,0
– Soziale und kulturelle Zonenrandförderung	7,3	7,9	–	–	–
– Regionalisierungsgesetz	–	–	–	1 401,6	1 892,1

Anlage 2
(zu Frage 3)

Statistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
Berichtszeitraum vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 1996
Ergebnisse der GA-Förderung in Bayern (GA-Bewilligungsstatistik)*

Jahr	Gewerbliche Wirtschaft					Infrastruktur		
	Investitions- volumen in TDM	Anzahl der Fälle	Zusätzliche Dauer- arbeitsplätze	Gesicherte Dauer- arbeitsplätze	Bewilligte GA-Mittel in TDM	Gesamt- ausgaben in TDM	Anzahl der Fälle	Bewilligte GA-Mittel in TDM
1988	1 051 660	70	4 990	985	107 820	152 840	123	83 270
1989	721 514	68	3 464	657	54 602	120 924	120	65 251
1990	1 765 209	112	5 135	981	118 297	149 910	82	56 112
1991	985 370	63	2 011	560	87 243	104 632	59	34 481
1992	828 824	42	1 443	1 564	61 787	137 552	49	24 402
1993	339 229	45	620	374	32 771	147 659	38	38 652
1994	435 945	49	780	770	47 582	32 681	36	13 276
1995	449 956	57	649	6 518	33 011	99 293	44	27 391
1996	419 674	45	679	5 047	56 477	56 761	20	21 439
1988–96	7 015 381	551	19 771	17 456	599 590	1 002 252	571	364 274

Stand: 2. Juni 1997

* einschließlich Kombifälle (Kumulative Förderung durch GA und Investitionszulage gemäß § 2 I-Zulagengesetz, 1989 aus-
gelaufen).

Statistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
Berichtszeitraum vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1996
Ergebnisse der GA-Förderung in Bayern (GA-Bewilligungsstatistik)*

Stadt-/Landkreis	Gewerbliche Wirtschaft					Infrastruktur		
	Investitions- volumen in TDM	Anzahl der Fälle	Zusätzliche Dauer- arbeitsplätze	Gesicherte Dauer- arbeitsplätze	Bewilligte GA-Mittel in TDM	Gesamt- ausgaben in TDM	Anzahl der Fälle	Bewilligte GA-Mittel in TDM
Amberg	95 970	11	248	589	11 261	48 538	9	8 282
Amberg-Weizsach	74 408	11	218	96	10 544	18 968	6	10 967
Ansbach, Kreisfreie Stadt	6 600	3	59	0	520	284	1	185
Ansbach, Landkreis	27 408	3	121	0	2 350	3 086	4	1 266
Bad Kissingen	11 853	2	18	213	1 550	21 731	8	6 796
Bad Tölz-Wolfratshausen						9 799	5	2 748
Bamberg, Kreisfreie Stadt	7 363	2	23	0	530	4 434	5	2 484
Bamberg, Landkreis	8 418	2	109	0	760	4 604	3	2 140
Bayreuth, Kreisfreie Stadt	28 565	2	35	0	2 900	7 435	5	2 771
Bayreuth, Landkreis	53 885	3	237	0	2 583	14 648	9	5 628
Berchtesgadener Land	5 575	2	10	0	400	33 419	2	4 749
Cham	177 703	35	664	1 148	16 388	37 737	51	13 596
Coburg, Kreisfreie Stadt	154 925	2	295	0	5 200			
Coburg, Landkreis	64 569	8	554	0	3 750	9 807	14	6 038
Deggendorf	623 214	30	1 704	213	49 998	6 069	11	2 994
Dingolfing-Land	5 761	1	40	0	500	6 386	2	1 915
Donau-Ries	104 187	11	266	99	4 145	5 761	5	1 887
Eichstätt	33 000	1	10	62	2 060	6 638	5	2 392
Forchheim	44 312	3	57	0	690	3 778	4	2 226
Freyung-Grafenau	215 907	23	347	1 294	26 043	9 796	9	5 928
Garmisch-Partenkirchen	7 119	3	5	1	504	6 200	3	318
Hassberge	691 257	23	927	193	59 992	8 501	8	4 179
Hof, Kreisfreie Stadt	39 524	4	50	319	5 781	34 331	6	8 378
Hof, Landkreis	156 345	19	311	1 010	15 934	45 761	23	14 403
Kelheim	33 589	3	187	0	2 000	101 411	7	25 325
Kronach	150 060	18	352	607	12 547	19 268	15	8 538
Kulmbach	37 389	4	62	425	3 850	3 843	3	1 923
Landshut, Kreisfreie Stadt						2 651	1	449
Lichtenfels	3 679	1	15	0	50	3 496	5	2 402
Miesbach						3 588	1	1 300
Neumarkt i. d. Oberpfalz	30 206	3	50	235	2 552	8 777	8	2 478

Stadt-/Landkreis	Gewerbliche Wirtschaft					Infrastruktur		
	Investitions- volumen in TDM	Anzahl der Fälle	Zusätzliche Dauer- arbeitsplätze	Gesicherte Dauer- arbeitsplätze	Bewilligte GA-Mittel in TDM	Gesamt- ausgaben in TDM	Anzahl der Fälle	Bewilligte GA-Mittel in TDM
Neustadt a. d. Waldnaab	91 609	23	339	354	7 584	9 034	14	4 796
Neustadt Aisch	119 635	13	237	0	9 741	12 637	13	6 204
Nürnberg, Kreisfreie Stadt	40 000	1	52	0	3 100			
Passau, Kreisfreie Stadt	132 592	9	132	131	13 730	47 934	22	8 528
Passau, Landkreis	453 031	35	985	1 095	36 055	43 099	17	14 214
Regen	129 237	25	329	1 417	14 280	4 065	6	2 733
Regensburg, Kreisfreie Stadt	61 702	4	244	0	3 435	30 872	17	13 902
Regensburg, Landkreis	76 834	6	718	0	4 290	3 941	3	1 386
Rhön-Grabfeld	93 363	10	160	289	8 695	6 788	8	3 239
Roth	7 517	2	34	0	280	1 298	1	779
Rottal-Inn	175 644	13	295	177	13 183	13 376	12	3 021
Schwandorf	452 638	33	1 587	810	37 683	30 483	24	8 552
Schweinfurt, Kreisfreie Stadt	321 573	9	581	4 300	18 748	3 071	2	2 013
Schweinfurt, Landkreis	9 093	2	9	24	848	5 074	1	1 500
Straubing	112 909	6	280	78	10 851	2 143	7	1 069
Straubing-Bogen	146 001	13	342	114	13 130	8 515	6	3 028
Tirschenreuth	177 426	18	605	776	12 967	15 603	13	9 215
Weiden i. d. Oberpf.	219 920	8	363	0	17 956	72 212	11	20 829
Weißenburg-Gunzenhausen	180 200	8	374	371	13 890	23 151	13	8 222
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	48 028	8	62	31	3 974	25 370	20	13 086
Würzburg, Landkreis	21 980	2	79	0	1 968			
Gesamt	5 963 722	481	14 781	16 471	491 769	849 411	448	281 002

Stand: 2. Juni 1997

Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.